

# Tourismustaxe sorgt für Unmut

Zweitwohnungsbesitzer in den Surselva-Gemeinden fordern mehr Transparenz

Im Bündner Oberland haben einige Gemeinden eine neue Gäste- und Tourismusgebühr eingeführt. Jedoch schliessen sich nun immer mehr Zweitwohnungsbesitzer zu Protestgruppen zusammen. Auch in der Gemeinde Brigels.

PETER JANKOVSKY, CHUR

Die Bündner Destinationen schlagkräftiger machen: Das war das Ziel des geplanten kantonalen Tourismusabgabengesetzes. Es sollte dem bunten Durcheinander von etwa 120 lokalen Bestimmungen ein Ende bereiten und eine gerechtere Finanzierung des touristischen Marketings garantieren. Doch die Bündner Stimmberechtigten erteilten der Vorlage im November 2012 eine klare Absage. Sie folgten den Bedenken von FDP und SVP, die von wuchernder Bürokratie, Zentralismus und Wirkungslosigkeit sprachen.

Also bleibt die Tourismusfinanzierung wie gehabt dem Gutdünken der Gemeinden überlassen. In den meisten Destinationen entrichten die Gäste weiterhin eine Kurtaxe. Dennoch besteht der Wunsch nach Vereinheitlichung, wie das Beispiel des Bündner Oberlandes zeigt. Dort hat die Handvoll touristischer Gemeinden, die vom Verkehrsverein Surselva Tourismus AG vermarktet werden, eine einheitliche Finanzierung beschlossen.

Entsprechend wurde ein neues Gesetz über die Gäste- und Tourismustaxen erarbeitet und nach und nach von

den Stimmberechtigten der Gemeinden angenommen. Mit dem neuen Regelwerk erhofft man sich mehr Mittel für den Tourismus, der in Graubünden seit Jahren immer massiver darbt. Statt des Verkehrsvereins sind nun die surselvischen Gemeinden selber für die Erhebung besagter Gebühren zuständig. Diese beziehen sich auf Hotels wie auf Ferienresidenzen – und just die Surselva zählt zu den klassischen Bündner Eldorados für Zweitwohnungsbesitzer aus dem Unterland.

## 12 Franken pro Quadratmeter

Das gilt auch für die 1300-Seelen-Gemeinde Breil/Brigels. Dort wurde im April 2014 das neue Gesetz über die Gäste- und Tourismustaxen angenommen, welches seit 2015 in Kraft ist. Man geht nun von Jahrespauschalen statt wie früher von Einzelabrechnungen aus: Insgesamt entrichtet ein Hotelier neu um die 570 Franken pro Zimmer und Jahr an Gäste- und Tourismustaxen, während ein Zweitwohnungsbesitzer für einen Quadratmeter Wohnfläche zwischen 8 und 12 Franken jährlich berappt.

Eine «Strafsteuer» nennt dies der Ferienresidenz-Besitzer Ignaz Derungs, der in der Gegend aufgewachsen ist und im Kanton Zürich lebt. Denn viele sähen sich jetzt mit einer deutlich höheren Gebühr konfrontiert. Für Derungs selbst machen die Taxen fast 775 Franken jährlich aus, was aus seiner Sicht noch relativ wenig ist im Vergleich zu anderen Fällen: «Die finanzielle Last der Gemeinden wird auf die Zweitwohnungsbesitzer abgewälzt.» Die Einheimischen würden geschont und zahl-

ten nur Steuern, welche die Zweitwohnungsbesitzer nebst Wasser- und Abfallgebühren ebenfalls entrichten müssten. Laut Derungs zahlen die touristischen Destinationen, also sechs Gemeinden, insgesamt rund 2,5 Millionen Franken jährlich an die Surselva Tourismus AG, wobei keine Transparenz herrscht. Und obwohl die Gemeinden schätzungsweise 30 Prozent der neuen



Einnahmen behielten, fehle es an echten Gegenleistungen für die Zweitwohnungsbesitzer, führt Derungs weiter aus.

Ihn erobert auch eine gewisse Ungleichbehandlung: Die für die lokale Wirtschaft so wichtigen Ferienwohnungsbesitzer müssten hohe Taxen bezahlen, dürften aber nicht mitreden. Dass die Eigner von Zweitresidenzen die finanzielle Last der Gemeinde mittragen sollen, steht für Derungs ausser Zweifel. Doch er fordert mehr Transparenz, um wieder grösseres Vertrauen zu schaffen. Hierbei wäre eine Sistierung der neuen Taxen für ihn ein möglicher Ausgangspunkt.

Derungs ist nicht der Einzige, der unzufrieden ist. Mit Gleichgesinnten hat er Ende Januar die Interessengemeinschaft der Zweitwohnungsbesitzer Brigels gegründet, die inzwischen 230 Mitglieder zählt. Die IG hat die lokale Behörde um Zusammenarbeit und eine schriftliche Stellungnahme gebeten – in Aussicht gestellt wurde laut Derungs eine mündliche Aussprache. In erster Linie interessiert die IG die Frage, wohin die eingekommenen Gelder fliessen.

## Taxen reichen nicht aus

Der Brigelser Gemeindepräsident Clau Schlosser weiss, dass viele Gäste konstruktiv mit den Behörden zusammenarbeiten wollen. Doch in seinen Augen verlangen einige – vor allem solche von der Interessengemeinschaft – immer mehr, ohne entsprechende Beiträge leisten zu wollen. Zudem ist er der Ansicht, dass viele über dieses Thema redeten, die nur polemisieren wollten und wenig vom Thema verstünden. Der Gemeindepräsident betont, die Einnahmen aus den neuen Taxen reichten bei weitem nicht aus, um die Ausgaben für den Tourismus zu decken. Mit den neuen Gebühren würden auch keine Infrastrukturen wie Wege, Strassen oder Skilifte finanziert.

Unterstützung erhält Schlosser von Marcus Caduff, dem Verwaltungsratspräsidenten der Surselva Tourismus AG und CVP-Grossrat. Nach dessen Worten hatten die Zweitwohnungsbesitzer sehr wohl die Möglichkeit zur Mitsprache. Sie nahmen an Informationsveranstaltungen sowie der Vernehmlassung teil, so dass die Gesetzesvorlage im Frühling

2014 noch Modifikationen erfuhr. Eine davon betraf einen essenziellen Punkt: Das zunächst auf 180 Quadratmeter festgesetzte Maximum der verrechenbaren Grösse einer Zweitwohnung sei auf 150 Quadratmeter gesenkt worden, wird Caduff im «Bündner Tagblatt» zitiert.

Weiter betont der Touristiker, die Brigelser hätten lange Zeit mehr bezahlt, als es die Zweitwohnungsbesitzer jetzt täten. Damit bezieht sich Caduff auf die Tatsache, dass Hilfestellungen zugunsten des Tourismus wie beispielsweise die künstliche Beschneidung von Pisten bis anhin mehr oder minder von den Steuerzahlern finanziert wurden. Die Einnahmen aus den Taxen dienten der zusätzlichen Unterstützung des Tourismus – kostendeckend seien diese Einkünfte aber nicht, so Caduff.

## Exemplarische Einsprachen

Brigels Interessengemeinschaft der Zweitwohnungsbesitzer steht nicht alleine da. Im Bündner Oberland existieren noch zwei weitere: Die seit Januar 2014 bestehende IG von Flims-Laax-Falera weist rund 750 Mitglieder auf, jene von Tujetsch ist seit September 2015 auf 330 Personen angewachsen. Die Gründung einer vierten, der offenbar 140 Ferienwohnungsbesitzer beitreten möchten, soll Mitte Mai in Disentis erfolgen. Die Interessengemeinschaft von Flims-Laax-Falera hat laut dem «Bündner Tagblatt» sogar vier exemplarische Einsprachen beim kantonalen Verwaltungsgericht eingereicht. Das Bemerkenswerte daran: Der Gang vor Gericht erfolgt in Absprache mit den betroffenen Gemeinden.